

Antrag 32/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****erledigt durch 35/II/2025 (Konsens)****Für starke Mietendenrechte in Berlin: Erste Hilfe statt langer Wege!**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordneten-
2 haus und im Senat werden aufgefordert darauf hinzuwir-
3 ken, dass unter Federführung der für Wohnen und Ver-
4 braucher*innenschutz zuständigen Senatsverwaltungen
5 ein zentrales Online-Portal geschaffen wird, das:
- 6 • Alle kostenlosen staatlichen und zivilgesellschaft-
7 lichen Beratungsangebote in Berlin übersichtlich
8 bündelt, um die Kontaktaufnahme zu erleichtern.
 - 9 • Umfassend und verständlich über die Rechte und
10 Pflichten von Mieter*innen aufklärt.
 - 11 • Hilfestellungen zur selbstständigen (juristischen)
12 Vertretung für Mieter*innen.
- 13
14

Begründung

16 Der angespannte Berliner Wohnungsmarkt führt zu ei-
17 nem strukturellen Ungleichgewicht zwischen Mietenden
18 auf der einen und Vermietenden, insbesondere großen
19 Immobilienkonzernen, auf der anderen Seite. Für viele
20 Menschen ist der Zugang zur Rechtsberatung eine finan-
21 zielle Hürde. Der Jahresbeitrag für einen Mietendenver-
22 ein oder die Kosten für eine anwaltliche Erstberatung sind
23 Menschen mit geringem Einkommen oft nicht leistbar
24 oder umständlich zugänglich.

25

26 Der Staat hat die Pflicht in grundlegenden Lebensberei-
27 chen zu schützen. Eine effektive, niederschwellige und
28 kostenlose Rechtsberatung gehört zweifellos dazu. Sie ist
29 ein zentraler Baustein der sozialen Daseinsvorsorge.

30

31 Gleichzeitig verfügen die etablierten Berliner Mietenden-
32 vereine über eine jahrzehntelange Expertise und eine un-
33 verzichtbare Infrastruktur. Eine intelligente Verknüpfung
34 der staatlichen Angebote mit diesen zivilgesellschaftli-
35 chen Strukturen und eine verbesserte Übersicht darüber
36 kann den Mietendenschutz in unserer Stadt auf eine neue
37 Stufe heben.

38